

DIE INTERPRETATION DER PROBLEME  
DES POLITISCHEN SYSTEMS  
DER ERSTEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK  
DURCH DREI DEUTSCHE HISTORIKER

*Von Eva Broklová*

Zur Analyse der Problematik eines politischen Systems gehört auch die Auseinandersetzung mit der Literatur, d. h. mit der Forschung, ihren Methoden und dem Begriffsapparat, die bei der Bearbeitung dieses Themas angewandt werden. Nach dem Jahr 1989 haben vor allem diejenigen Probleme an Aktualität gewonnen, die die deutsche Geschichtsschreibung in den Vordergrund stellt, die dann ihre Informationen über die tschechische bzw. tschechoslowakische Problematik an eine breitere Weltöffentlichkeit weitergibt. In unserem Zusammenhang geht es in erster Linie um die Interpretationen deutscher Historiker, die sich als Bohemisten alle an der Arbeit der deutsch-tschechischen Historikerkommission und deren Fachkonferenzen beteiligt haben. Diese Historiker ziehen in ihren Arbeiten nicht die Möglichkeiten in Betracht, über die ein demokratisches System bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme verfügt, sondern untersuchen im Vergleich mit einer Art Idealstaat und in vielen Fällen mit inadäquaten Begriffen und Kategorien die Mängel dieses Systems. Ein derart

beschriebenes demokratisches System ordnen sie dann in ein Kontinuum der Entwicklung der tschechoslowakischen Gesellschaft zum Totalitarismus ein. Unberücksichtigt bleiben in der folgenden Analyse die Standardwerke deutscher Historiker, die nicht daran zweifeln, daß die tschechoslowakische Demokratie mit ihrer offenen Gesellschaft eine ausgleichende Regelung aller Probleme ermöglichte (E. Nolte, doch auch der österreichische Rechtshistoriker F. Ermacora, der im übrigen die Tschechoslowakei in vielerlei Hinsicht sehr kritisch betrachtet).

Mit den Analysen des tschechoslowakischen politischen Systems und vor allem den dabei benutzten Instrumenten, d. h. den Begriffen, Kategorien, dem Umgang mit den Quellen usw., muß man sich nicht nur deshalb beschäftigen, weil die Autoren, um die es hier geht, das Fehlen kritischer Rezensionen zu ihren Arbeiten als Zustimmung zu diesen und eventuell als die Übernahme ihrer Bewertungen und Schlußfolgerungen betrachten (die Rede ist hier besonders von der Produktion des Collegium Carolinum – im weiteren CC), sondern auch deshalb, weil der größte Streit in der tschechisch-deutschen Historikerkommission gerade die Erste Tschechoslowakische Republik betraf. Wie Professor Křen in seinem Vortrag zum Thema *Náčrt česko-německých dějin* (Abriss der tschechisch-deutschen Geschichte) am 6. November 1996 ausführte, gründeten sich die bisherigen Interpretationen der Ersten Republik nach Auffassung von Professor Lemberg auf die deutschen Gravamina, die gegen ebendiese Republik vorgebracht wurden. Eine ähnliche Meinung habe ich auf der Konferenz über die politischen Systeme Ostmittel- und Südosteuropas im Herbst 1993 in Lambrecht (in der Polemik mit P. Heumos) geäußert, und ich kann mir vorstellen, welches Maß an kritischer Selbstreflexion dazu bei einem deutschen Historiker erforderlich ist. Gleichwohl sind Reste der Interpretation, die auf der deutschen Einstellung zur tschechoslowakischen Demokratie beruht, auch in einem Teil der tschechischen Literatur fest verankert; dazu gehören die Einschätzung der tschechisch-deutschen Koalition des Jahres 1926 als „Kuhhandel“, die Möglichkeit, den Deutschen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre entgegenzukommen und ihre Stellung als Minderheit, keineswegs jedoch als die Frage ihrer Gleichberechtigung als tschechoslowakische Staatsbürger zu regeln, ferner die Interpretation des Wahlmodus der Verhältnismäßigkeit als eines für alle Bereiche geltenden Prinzips (verhältnismäßiger Anteil der Deutschen in den Behörden, der Studenten in den Schulen usw.).

Wie bekannt, hat die tschechische und deutsche Historikerkommission unlängst gemeinsame Thesen zur Interpretation der Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert erarbeitet. Es ist nur zu bedauern, daß während der sechsjährigen Tätigkeit der Kommission keine Möglichkeit gefunden wurde, wenigstens eine Sitzung dem Vergleich des tschechoslowakischen politischen Systems mit dem deutschen und dem österreichischen demokratischen System im Zeitraum vor der Errichtung eines autoritären Regimes in Österreich und des nationalsozialistischen in Deutschland zu widmen. Im Rahmen eines solchen Vergleichs würden die Parameter der Bewertung der tschechoslowakischen Demokratie deutlichere Gestalt annehmen<sup>1</sup>. Die Analyse des tschechoslowakischen Systems im Zusammenhang mit

<sup>1</sup> In den Jahren 1993–1996 habe ich über dieses Thema Vorlesungen an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät gehalten und in verkürzter Form im Rahmen eines Vortragszyklus der

anderen Systemen führt nämlich zu überraschenden Ergebnissen. Der Vergleich schafft die Möglichkeit, Phänomene, die in isolierter Form im tschechoslowakischen demokratischen System problematisch erscheinen – vor allem die Funktion des Parteiensystems einschließlich des „Parteienstaates“ –, in einem günstigeren Licht zu sehen, und daraus konnten entsprechende theoretische Schlußfolgerungen gezogen werden (Broklová 1997). Dagegen haben es ein anderes Herangehen an die Problematik demokratischer Systeme und das Unterlassen eines Vergleichs der Systeme ermöglicht, die nach 1989 erschienenen Arbeiten über die Erste Tschechoslowakische Republik allgemein als Lobgesänge und Hagiographien einzustufen. Vorbehalte gegen die „glanzvolle Wiederauferstehung der Ersten Republik“ meldet ein Mitarbeiter des CC an, P. Heumos, der diese „demokratische Insel in einem Meer faschistischer und halbfaschistischer Staaten“ problematisiert (Heumos 1995, 136). Meine 1992 erschienene Untersuchung *Československá demokracie* (Die tschechoslowakische Demokratie) wurde dann als „Schönreden“ der ersten ČSR bezeichnet (Hadler 1995, 15).

Eine der Wurzeln der unterschiedlichen Beurteilung des tschechoslowakischen politischen Systems liegt in den unterschiedlichen theoretischen Ausgangspositionen und dem sich daran anschließenden inadäquaten Gebrauch der Instrumente für die Analyse. Dabei habe ich mehrfach Gelegenheit gehabt – zuletzt auf einem internationalen Kongreß in Innsbruck im Oktober 1996<sup>2</sup> –, mich davon zu überzeugen, daß das für die Studie *Československá demokracie* (Broklová 1992) gewählte Verfahren, das sich grundsätzlich nicht von den Thesen unterscheidet, die Professor Dr. M. Trapl zu der Tagung in Hodonín vorgelegt hat, zu den Standardverfahren zählt. Ich erwähne dies deshalb, weil P. Heumos gerade dieses methodische Vorgehen bei der Untersuchung eines Systems als veraltet bezeichnet (Heumos 1993). Er räumt ein, daß die großen Umbrüche in die Sphäre der politischen Geschichtsschreibung gehören, aber man könne sie „nicht anders erklären als mit Hilfe sozio-politologischer Forschung“ (Heumos 1996, 25). Anhand einer Analyse des Vorgehens der drei Autoren versuche ich zu zeigen, daß am geeignetsten ein querschnittartiges Verfahren ist, das sowohl die Theorie als auch die entsprechende begriffliche Ausrüstung in Betracht zieht, aber zugleich die historischen Fakten und die historische Entwicklung nicht außer acht läßt.

In dem Bereich der Historiographie, den ich für die heutige Sitzung ausgewählt habe, haben wir es mit drei Vorgehensweisen zu tun, die sich in verschiedenen Momenten überlappen.

I. Das konservative Herangehen an die Problematik der ČSR und die unversöhnliche Einstellung zu diesem Staat. Diese Interpretation, die vor allem von den deutschen

---

Masaryk-Gesellschaft im Jahr 1996. – Vgl. auch Broklová, Eva: Srovnání politických systémů Československa, Německa a Rakouska v období 1918–1933/4 [Ein Vergleich der politischen Systeme der Tschechoslowakei, Deutschlands und Österreichs im Zeitraum 1918–1933/4]. *Moderní dějiny. Sborník k dějinám 19. a 20. století 1994*, 73–84. – Dies.: Německá a československá meziválečná demokracie [Die deutsche und die tschechoslowakische Zwischenkriegsdemokratie]. *Politologická revue* 1995/2, 17–28.

<sup>2</sup> Internationale Tagung Republikbegriff und Republiken seit dem 18. Jahrhundert im europäischen Vergleich zum Millenium.

Beschwerden ausgeht, ist auf der allgemeinen Ebene eine Deutung der tschechoslowakischen Demokratie, die auf antidemokratischem Denken als der politischen Partitur einer nichtdemokratischen politischen Kultur beruht. Sie gründet in vieler Hinsicht in dem gleichen Denken, das die Grundlage der deutschen Haltung zur Demokratie bildete, und zwar zur Weimarer, österreichischen und tschechoslowakischen Demokratie. Die besonderen Züge dieser Kritik ergeben sich aus den Problemen des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen, deren Wurzeln wiederum in antidemokratischen Einstellungen und Werten liegen. Als Vertreter dieser Richtung kann man Ferdinand Seibt bezeichnen. Die konservative Vorgehensweise besteht darin, daß sie am meisten den einstigen Standpunkt der sudetendeutschen Politiker gegenüber der ČSR reflektiert.

II. Ein Ensemble von Thesen, die auf der Anwendung des Apparats der politischen Wissenschaft beruhen, und geringer Respekt vor den historischen Fakten charakterisieren die Einstellung von P. Heumos zum tschechoslowakischen politischen System, die praktisch ein ganzes Jahrzehnt unverändert geblieben ist. Er versucht zu zeigen, daß das demokratische System der Ersten Republik keineswegs aus äußeren, sondern aus inneren Gründen zusammengebrochen ist. Mit diesen Gründen befaßt er sich. Neben einigen Momenten des antidemokratischen Denkens, vor allem bei Überlegungen über die Struktur des politischen Systems, benutzt er zur Kritik des tschechoslowakischen demokratischen Systems Begriffe der politischen Wissenschaft, die zum Teil Probleme der Demokratie überhaupt zum Ausdruck bringen und häufig verkürzt und ungerechtfertigterweise auf die Zwischenkriegsdemokratie appliziert werden. Vertieft in seine Interpretation, übergeht er die historischen Fakten und die tatsächliche Entwicklung des politischen Systems. Die Thesen sind vom Material her nicht bewältigt, die allzu allgemeinen Begriffe erfassen die historische Wirklichkeit nicht primär und können sie nicht erfassen, sondern wenden sich als Waffe gegen ihn. Historikern, die in der allerüblichsten Weise mit historischen Quellen arbeiten, verleiden diese Thesen den Gebrauch – unter Umständen den falschen Gebrauch oder die Bildung eigener Termini (z.B. repräsentativer Parlamentarismus anstatt repräsentative Demokratie) – politologischer Begriffe wie intermediäre Sphäre, parochiale Kultur oder Parochialismus und gedanklicher Konstruktionen, die wenig verständlich sind<sup>3</sup>. Sie betrachten dann diese Thesen, die keine Analyse der Probleme sind, als kompakt und undurchlässig.

Als gewichtigsten und problematischsten unter historischem und demokratietheoretischem Aspekt muß diese Schlußfolgerung von Heumos betrachtet werden: „Das gesellschaftlich-politische System [es geht um eine Demokratie mit einer offenen Gesellschaft – E.B.] stieß als Ganzes an die Grenzen seiner Problemlösungskapazität“ (Heumos 1996, 28).

III. Durch die Errichtung großer umwertender Theorien ohne systematische Arbeit mit historischen Quellen, aber auch der Literatur versündigt sich Eva Hahn (Schmidt-Hartmann) gegen das Handwerk des Historikers.

<sup>3</sup> Schon im Jahr 1994 habe ich seinen Gebrauch von Begriffen als Errichtung von Erkenntnisbarrieren, keineswegs als Mittel der Analyse gewertet (Broklová 1994, 405).

Ad I. Im ersten Kapitel seiner Arbeit *Deutschland und die Tschechen* (Seibt 1993) stellt sich F. Seibt zunächst die Frage, warum die Tschechen eine kleine Nation sind (S. 29). Dem durchschnittlich gebildeten Bürger der alten Bundesrepublik ist nach Seibt das nationale Bewußtsein der Tschechen und Slowaken unbegreiflich. In der abschließenden Passage über unsere Kleinheit (S. 31) sagt er, die Tschechoslowakei sei nicht nur ein kleiner Staat und die Tschechen und Slowaken eine kleine Nation: „Sie sind zugleich schicksalhaft auf das engste mit ihrem großen Nachbarn verbunden.“ Beiseite läßt er, daß die Nachbarschaft mit Deutschland für alle seine Nachbarn schicksalhaft war – für kleine und große (Frankreich). Bei der Beurteilung der Probleme des politischen Systems gilt die grundlegende Orientierung: keineswegs nichtdemokratisch-demokratisch, sondern national, deutsch-tschechisch-slowakisch. Diese Orientierung macht es unmöglich, auf die Spannung zwischen Tschechen und Deutschen in der Ersten Republik unter dem Gesichtspunkt zu blicken, daß diese durch den unterschiedlichen Zustand und die unterschiedliche Entwicklungsrichtung dieser nationalen Gemeinschaften bedingt waren, was sich auch an der unterschiedlichen Haltung gegenüber den Maßnahmen zeigte, die der moderne Staat durchführte und die in höherem Maße gerade die Deutschen betrafen und als antideutsch interpretiert wurden (z. B. die Probleme der Aktivisten mit der Konfiszierung des Waldbodens, die Abschaffung des Adels u. ä.).

Die Arbeit hat auch eine Reihe von Vorzügen. In den 13 Thesen zur böhmischen Geschichte (S. 17–27) finden wir einige bedeutsame Formulierungen, die geschichtliche Akte genauer widerspiegeln, als dies in der tschechischen (tschechoslowakischen) Historiographie üblich ist. Dazu gehört die Schaffung der Republik aus den böhmischen Ländern und der Slowakei (Seibt 1993, 19), was viel besser der Bezeichnung des Nationalrates in Paris (Conseil des Pays Tchèques, später: Tchécoslovaques) und dem Wortlaut des Friedensvertrages (Volk ... und es werden Länder genannt, keineswegs Tschechen und Slowaken) entspricht. Auch der Hinweis auf den bemerkenswert stabilen Parlamentarismus und die des Respekts werte Sozial- und Staatspolitik (ebenda, S. 20) unterscheidet sich von P. Heumos. Seibt macht darauf aufmerksam, daß sich die Deutschen schon in den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie nach ihrem Namen absonderten (ebenda). Statt der Zugehörigkeit zu einem Land wurde die sprachliche Zugehörigkeit betont (Deutschböhme, Deutschmährer, Deutschschlesier), was gewöhnlich bei der Akzentuierung des Zusammenhangs zwischen den deutschen separatistischen Tendenzen und der Entstehung des tschechoslowakischen Staates übersehen wird. Seibt weist darauf hin, daß durch München tausendjährige Grenzen zerschlagen wurden. Die Sudetendeutsche Heimatfront bezeichnet er als von Anfang an antiparlamentarisch (Seibt 1993, 21). Man könnte selbstverständlich noch mehr Beispiele dieser Art anführen, ebenso allerdings auch solche, die eher ideologischen Charakter haben und die Übernahme alter Behauptungen darstellen.

Seibt belastet seinen Text weder mit Theorien noch mit den für die Beschreibung eines demokratischen Systems üblichen Begriffen (um dieses demokratische System geht es auch dem Autor nicht in erster Linie, obwohl es auch ihn betrifft). Die Feststellung, die Welt der drei Kaiserreiche vor dem Ersten Weltkrieg habe Parlamente, aber nicht das grundlegende Gesetz der parlamentarischen Souveränität gekannt (Seibt 1993, 228),

reflektiert die Situation in diesen Ländern, die nicht bereit waren, die Konsequenzen der Industrialisierung im politischen Bereich durchzuführen und so den Modernisierungsprozeß zu vollenden. Als grundlegenden Fehler, der die tschechoslowakische Innenpolitik von Anfang an systematisch belastete, bezeichnet er den Umstand, daß sie auf der Mehrheitsentscheidung beruhte. Die angeführten Behauptungen über die tschechische Minderheit, gegebenenfalls über eine künstliche Mehrheit, verwandeln sich bei Seibt in die These, die tschechische Mehrheit sei im Parlament auf eine deutsche und eine slowakische Minderheit gestoßen, was die Entwicklung der parlamentarischen Mehrheit und ihre Wandlungen außer acht läßt (d. h. den überwiegenden slowakischen Konsensus mit der ČSR und nach einer bestimmten Zeit den Konsensus von mehr als zwei Dritteln der deutschen Wähler und die Beteiligung deutscher Parteien). Diese Feststellung steht im Widerspruch zu den Ergebnissen der Forschung über die Entwicklung des slowakischen Konsensus bis zum Jahr 1938 (Broklová 1993). Ausdruck dieser Bewertung ist der Gebrauch der Verbindung „Mehrheitsdemokratie“ für die Bezeichnung der Demokratie der Ersten Republik, ohne daß diese analysiert wird, wobei er feststellen würde, daß gerade der Ersten Republik auf dieser Ebene eher die Bezeichnung „Verhältnisdemokratie“ entsprechen würde. Die Mehrheit – und hier verwechselt er die Tschechen und eventuell die Slowaken als nationale Mehrheit mit der demokratischen Mehrheit, die sich auf der Grundlage der politischen Willensäußerung der Wähler in den Wahlen herausbildete und an der sich nach einer bestimmten Zeit auch die aktivistischen deutschen Parteien beteiligten – ist für Seibt in der Kombination mit den komplizierten Prinzipien der Nationalität unannehmbar. Für das demokratische tschechoslowakische System benutzt er am häufigsten den Begriff „System“, in der gleichen Weise, wie dieser mit verächtlicher Bedeutung von den Zeitgenossen für das Regime des Weimarer Deutschland benutzt wurde. Die Behauptung, die Zahl der deutschen Abgeordneten im Prager Parlament sei unveränderlich festgelegt worden, ist insoweit falsch, als diese Zahl von der Zahl der Einwohner abhing. Im Parlament entfiel ein Vertreter auf 50000 Einwohner (in Deutschland auf das Doppelte dieser Zahl). Die statische Wahrnehmung dieser Verhältnisse durch die Übernahme des nationalen Standpunktes verhindert zu sehen, daß es gerade die nationale Haltung der deutschen Sozialdemokraten war, die beispielsweise eine Verbindung der deutschen und der tschechoslowakischen Sozialdemokratie unmöglich machte, die zu einem Überschreiten der Grenze zwischen der erwähnten Mehrheit und den Minderheiten hätte werden können.

Die ČSR anerkannte zwar die Gleichberechtigung des Einzelnen, ignorierte aber Seibt zufolge die reale Existenz „sprachlich-nationaler Kollektive“, die nicht nur eine gemeinsame Kultur, sondern unmittelbar Politik betreiben wollten. Hier stößt freilich das deutsche antidemokratische Denken (Nation, das Kollektiv ist mehr als das Individuum) mit einer liberal-demokratischen Konzeption zusammen. Die „Gemeinschaft“ in diesem Verständnis war mehr als eine demokratische Gesellschaft, die den nationalen Organismus durch politische Parteien zerteilte, Geschichte fand im Rahmen dieser Konzeption als Auseinandersetzung zwischen den Nationen statt usw. In diesem Kontext hatte allerdings die Tschechoslowakische Republik – mochte sie noch so gut im demokratischen Sinne organisiert sein (Teilung der Macht und verfassungsmäßig gesicherte Menschenrechte) und eine offene Gesellschaft darstellen – keine Chance.

Im Zusammenhang mit der Applikation der Sprachenverordnungen wird selbstverständlich die Politik der Nadelstiche erwähnt, die nach Auffassung von Seibt häufig in einen Antagonismus einmündete (S.280). Diese Schlußfolgerungen finden wir als berechnete Argumente auch bei tschechischen Historikern (Kural 1993, Křen 1994). Es ist die Frage, ob der Antagonismus als Folge der Politik der Nadelstiche in München und die anschließende Okkupation einmünden mußte. Ob dieser Antagonismus nicht seine Voraussetzungen in einem schon davor gegebenen antidemokratischen Denken hatte, in einer anderen politischen Kultur, d. h. in einem anderen Verständnis von Nation, Gemeinschaft, Organismus, mit dezisionistischen Elementen, in einer neuen Politik, einer neuen Freiheit und im Nationalsozialismus.

Der Nachweis der Überbürokratisierung und Überzentralisierung durch das Zitieren der Auffassung der Feindin Hitlers, Elizabeth Wiskemann (S.280), ist wissenschaftlich nicht überzeugend und unter dem Gesichtspunkt der Methode zweifelhaft. Das einzige Maß für den Zentralismus kann der Vergleich mit anderen politischen Regimen in der gleichen historischen Zeit sein, worum ich mich bemüht habe. Gerade im Zusammenhang mit dem Verhältniswahlssystem wurden nach dem Ersten Weltkrieg die großen unitarischen Staaten mit einer dezentralisierten öffentlichen Verwaltung errichtet. Die ČSR war also keine Ausnahme. Groß-Berlin wurde ebenso aufgebaut wie Groß-Prag und andere böhmische Städte, wo dies die Deutschen allerdings als Stärkung des tschechischen Elements in den Städten durch die Einbeziehung der Vororte interpretierten. Bei der Konstatierung der antideutschen Ausrichtung der Bodenreform (S.280) spricht der Autor vom „Verlust deutschen nationalen Bodens“ und läßt beiseite, daß diese Reform als Teil der Auseinandersetzung mit dem Feudalismus auch in anderen Ländern durchgeführt wurde (in Deutschland führten diese Reform nach dem Jahr 1945 die Alliierten durch). Zugleich sind die Zahlen über die neuen Eigentümer in dieser Hinsicht nicht eindeutig überzeugend.

Für die Beurteilung des Aktivismus, der gegenwärtig in dem Bemühen, positive Momente zwischen Tschechen und Deutschen zu finden, offensichtlich etwas überschätzt wird, ist das Eingeständnis der Ratlosigkeit der deutschen Abgeordneten der sogenannten staatstragenden Parteien (S.290) in der Mitte der zwanziger Jahre bedeutsam: „... jeder Sudetendeutsche ist gleichzeitig irredentistisch und opportunistisch“. Ebenso Seibts anschließende These, die Deutschen seien am Ende des ersten Jahrzehnts nicht für die Staatsidee gewonnen gewesen (S.295). Zugleich konstatiert Seibt Anzeichen des Interesses der Deutschen an einer pragmatischen Regelung. Die zeitgenössische Einschätzung des Christlichsozialen Professor Mayr-Harting aus dem Jahr 1926, der Eintritt deutscher Politiker in die Regierung müsse als Anerkennung der ČSR durch die Deutschen interpretiert werden, steht dazu in einem gewissen Maße im Widerspruch. Nach Seibts Auffassung wirkte Präsident Masaryk integrativ, und unter seiner Präsidentschaft erreichte die ČSR den höchsten Punkt der Anerkennung seitens der deutschen Bürger (S.296). Die Feststellung, die sudetendeutsche Kommunität habe die Vergangenheit nicht bewältigt, wird etwas durch die Verwendung von solchen Begriffen entwertet, durch deren Vermittlung Seibt in vieler Hinsicht die negative Einstellung dieser Kommunität zur Demokratie zwischen den beiden Kriegen und die Interpretation der Geschehnisse übernimmt. Beispielsweise erwähnt er die „Staatstreue“ der SdP (Seibt 1993, 333). Kritisch hat sich dazu schon

Jan Křen geäußert (1994, 306), und vor allem wird diese Behauptung durch die ältere Publikation von Ciller aus dem Jahr 1939 widerlegt (Ciller 1939). Dieser Autor führt an, daß sich die DNSAP im Jahr 1918 in einen sudetendeutschen und einen alpenländischen Zweig teilte und beide Teile bald ihre Verbindungen zu A. Hitler wiederherstellten. In der ČSR vertrat den nationalsozialistischen Gedanken die SHF Henleins. Als Beginn der Bewegung bezeichnet Ciller das Jahr 1890.

Ohne Überprüfung in der leicht zugänglichen Literatur (im Unterschied zu den Möglichkeiten der tschechischen Historiker) wird die Geschichte des Memoires III (das schweizerische Vorbild für die ČSR) wiederholt und im Zusammenhang damit die Frage nach der politischen Ethik Masaryks aufgeworfen. Abermals wird so Hitlers Hirngespinnst von den Lügen zu bestätigen versucht, mit denen der tschechoslowakische Staat seine Existenz begonnen habe<sup>4</sup>.

Es hätte keinen großen Sinn, in der Aufzählung der Mißdeutungen und Irrtümer der Arbeit fortzufahren, die sich offensichtlich nicht auf das Studium der Quellen gründet, sondern deren Ausgangspunkt a priori gegebene Einstellungen sind.

Ad II. In einem Beitrag für die Brüner Konferenz im September 1995, die dem Thema *100 let Masarykovy České otázky* (100 Jahre Masaryks Tschechische Frage) gewidmet war, habe ich mich mit Masaryks sozial-ethischer Dimension der Demokratie und dem sogenannten autoritären Potential des tschechoslowakischen demokratischen Systems beschäftigt, das im Mittelpunkt der Interpretation von Heumos steht. Während die deutschen Historiker bis zu Fritz Fischer (1977) zu zeigen versucht haben, daß das nationalsozialistische Regime eine diskontinuierliche Erscheinung in der deutschen Geschichte darstellt, formuliert P. Heumos die These, daß das in seinen acht Thesen beschriebene autoritäre Potential der Ersten Republik (Heumos 1996) die Voraussetzung für die nachfolgenden undemokratischen Regime der Zweiten Republik, des Protektorats, der volksdemokratischen und der sozialistischen Republik bildete (Heumos 1995 u. a.). Demgegenüber betont die tschechische historische Wissenschaft unter den Bedingungen der Demokratie die Kontinuität der Demokratie und ihrer Werte, die unter außenpolitischem Druck unterbrochen wurde. Ein autoritäres Potential ist in allen Regimen enthalten, aber in unterschiedlichem Ausmaß, und kann ohne Berücksichtigung der Bedingungen in einem gegebenen Staat nicht als realer Faktor gewertet werden. Auch die Rückkehr der tschechischen (tschechoslowakischen) Gesellschaft zur Demokratie – wann immer dies möglich war – zeugt davon, daß die tschechische Demokratie ein konstitutiver Wert der tschechischen nationalen Identität und Staatlichkeit ist. Sie ist einer der stabilen Bestandteile eines funktionierenden Systems kollektiver Symbole.

Als einer der Faktoren, die die Übernahme der nichtdemokratischen Regime der Zweiten Republik und des Protektorats sowie das Akzeptieren des Kommunismus erleichterten, wirkte sich Heumos zufolge Masaryks sozial-ethische Dimension aus. Diese Dimension sollte in der Ersten Republik den niedrigen Grad der Formalisierung der Politik und von Demokratie überhaupt kompensieren. In diesem niedrigen Grad sieht Heumos sogar das „wesentliche Spezifikum des tschechoslowakischen Typus

<sup>4</sup> Einen Artikel zu diesem Thema habe ich im ČČH publiziert (Broklová 1994).

von Demokratie“ (d. h. eigentlich einer auf Delegation beruhenden Demokratie im Sinne O'Donells). „Daß parlamentarische Interessenbildung und -abstimmung in der Ersten Republik nicht als geregeltes Prozedere [! – E. B.] begriffen wurden, sondern als Prozeß, der sich ... vor allem auf ‚Vertrauen‘ gründete, auf eine interpersonal erfahrbare Kategorie also, liegt ebenso auf der Ebene dieses Denkens wie die Tatsache, daß die Kontrolle der kodifizierten verfassungsrechtlichen Normen sehr schwach ausgebildet war ...“ (Heumos 1989, 13). Eine Vorstellung von einer angemessenen Normenkontrolle entwickelt er jedoch nicht. Gerade für die Demokratie ist kennzeichnend, daß die Machtverhältnisse nicht ausschließlich durch die geltenden demokratischen Prinzipien des Normensystems der Verfassung bestimmt werden. Aus den Ansprüchen, die Heumos auf die Regulierung der Macht erhebt, wird hinreichend klar, daß er Demokratie als Zustand einer Gesellschaft und in diesem Sinne die Bedingung einer erfolgreichen Demokratie seit den Zeiten Perikles' nicht kennt oder nicht kennen will. Dies entspricht dem deutschen Begriff von Kausalität (schlecht kann nur ein schlechtes System enden) im Unterschied beispielsweise zur englischen Kausalität, in der das Geschehen als Ergebnis der Tätigkeit von Menschen betrachtet wird, und zur Sicherung der Demokratie in der gegenwärtigen deutschen Verfassung nach den Erfahrungen in der Weimarer Republik. Demgegenüber war Masaryks Verständnis von Demokratie dem englischen Verständnis ähnlich. Dem entspricht bei Masaryk eine Äußerung über die Demokratie, in der man sich nicht nur auf Gesetze verlassen könne. Beneš benutzte für den gleichen Zusammenhang die englische Formulierung „men, no measures“.

Von den Beiträgen Heumos' zum tschechoslowakischen politischen System werden wir uns mit den Thesen befassen, die er auf der internationalen Konferenz in Lambrecht (Broklová 1994, 404f.) vorgetragen hat: „Pluralistische Machtorganisation als Garant der Demokratie?“ (Heumos 1995) und seine acht Thesen unter dem Titel *Zhroucení jednoho systému* (Der Zusammenbruch eines Systems – Heumos 1996).

Die Faktoren, die er anführt, sind antiliberalen Vorstellungen über den Staat und bis zu einem gewissen Maße auch dem antidemokratischen Denken sehr nahe. Das Anzweifeln der demokratischen Struktur bildete auch einen Bestandteil des deutschen antidemokratischen Denkens in der Zeit Weimars. Ein auffälliges Kennzeichen der Struktur der Ersten Republik sieht Heumos in der übermäßigen Fragmentierung des Parteienwesens und des gesamten intermediären Systems, also der Interessenorganisationen aller Art. Mit der Fragmentierung des Parteienwesens habe ich mich schon in den Anmerkungen zu einem Beitrag von Heumos und vor allem in einem Artikel für den Sammelband zum 65. Geburtstag von Jan Křen (Broklová 1997) auseinandergesetzt. Unter methodologischem Aspekt ist es unverzeihlich, daß er in seiner These über die hohe Fragmentierung des Parteienwesens nirgendwo einen Index der Fragmentierung anführt, der eine objektive Festsetzung des Ausmaßes der Fragmentierung ermöglichen würde. Aus dem Vergleich der Indices der Fragmentierung in den einzelnen Parlamentswahlen vor allem mit dem Index der Fragmentierung im Jahr 1946 geht hervor, wie ich gezeigt habe, daß er diesen Faktor überschätzt. Am niedrigsten war der Index gerade in diesem Jahr, als es sich um ein geschlossenes Parteiensystem, eine Art Vorstufe zum Totalitarismus handelte. Als Hauptmangel der Thesen

von Heumos über die Fragmentierung betrachte ich das Desinteresse am tatsächlichen Verlauf der Geschichte und die Uneindeutigkeit des Wertes der Fragmentierung. Ohne die konkrete historische Entwicklung in Betracht zu ziehen, haben Fragmentierung und ihr Ausmaß keinen Aussagewert. Noch viel problematischer ist die Fragmentierung des intermediären Systems oder die Fragmentierung der Gewerkschaften, die Heumos ebenfalls als nachteilig für die Demokratie betrachtet. In den Fachpublikationen gibt es Muster für die Berechnung des Indexes der politischen Parteien, aber für die Fragmentierung des intermediären Systems ist etwas Derartiges nicht festgelegt worden.

Der Autor vergleicht diese Fragmentierung auch nicht mit dem Stand in anderen Ländern. Er spricht „von der strukturellen Schwäche des intermediären Systems der Tschechoslowakei nach 1918, dessen Partikularität zwar durch nationale Integration aufgehoben werden konnte, das aber – wie der Fall des *Národní souručenství* zeigt – keine politische Identität besaß“ (Heumos 1994, 227).

Dazu: 1. Im Widerspruch zu diesem Urteil steht schon Heumos' Behauptung von der Durchdringung des intermediären Systems durch die bedeutenderen politischen Parteien, und man kann sich dann nur schwer vorstellen, daß dies nicht auch seine Politisierung zur Folge hatte. 2. Die Partikularität des intermediären Systems, wenn wir dieses Urteil ohne Vergleich mit einem anderen System hinnehmen, wurde in der Ersten Republik durch nationale Integration in Gestalt der Beteiligung der wichtigsten staatstragenden Parteien an den parlamentarischen Mehrheiten und den Koalitionen ausgeglichen (dies würdigen wir vor allem im Vergleich mit den Problemen des demokratischen Systems in Österreich und Deutschland). Deren Programm war nichts weniger als die Bewahrung des demokratischen Systems, was gelungen ist, solange es nicht von außen zu einem massiven Angriff auf den tschechoslowakischen Staat kam. Das *Národní souručenství*, das Heumos anführt, gehört zu einer anderen Epoche, zur Zeit des Protektorats. Diese Organisation war mit der Kollaboration verknüpft. Die Fakten, die T. Pašák analysiert hat, zeigen aber, daß sie eine andere, positive Rolle gespielt hat (vor allem bis zum Attentat auf Heydrich). Sie half den Familien der Häftlinge und wurde von den zeitgenössischen Politikern als Bahnhof aufgefaßt, auf dem man auf den Zug in die 3. Republik wartete. Das *Národní souručenství* schloß die Zusammenarbeit mit Politikern der Ersten Republik ein, und der Eintritt in diese Organisation war nicht mit der Billigung der deutschen Okkupation verbunden.

Der Autor zeigt eine schwerwiegende Unkenntnis der Auswirkungen von Wahlsystemen (oder übersieht er diese absichtlich?) und der grundlegenden Erkenntnisse über das politische System der ČSR als der Gründe, die zur Anwendung der Verhältniswahl führten. Er meint, der repräsentative Parlamentarismus, den er mit einer Mehrheitsvertretung gleichsetzt, sei als österreichisches Erbe verworfen worden: „Diese extreme Differenzierung am gesellschaftlich-politischen Bereich gewann noch dadurch an Einzigartigkeit, daß sich als Rahmenbedingungen des politischen Systems [...] nicht der repräsentative Parlamentarismus durchsetzte (was die Bewahrung des österreichisch-ungarischen Erbes bedeutete), sondern die Proportionalisierung politischer Macht [...]“ (Heumos 1996, 25, 1. These). „Die auffälligste strukturelle Eigenart der Ersten Republik“, die starke „Zersplitterung des Parteiwesens“ (ebenda) sieht der

Autor nicht im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Verhältniswahl anzuwenden, die sich nach dem Ersten Weltkrieg allgemein als das gerechtere Wahlsystem und in der ČSR wegen der Minderheiten durchsetzte.

Dabei wurde gerade in der tschechoslowakischen Verfassung dank František Weyr am meisten von der normativen Lehre des österreichischen Staatswissenschaftlers Hans Kelsen bewahrt (Die Schöpfer der österreichischen Verfassung haben ihn völlig übergangen). Heumos läßt nicht nur die Quellen, sondern auch die umfangreiche Literatur zur Problematik der Wahlen in der Ersten Republik beiseite, sondern auch die allgemeine Literatur über die politischen Parteien und über Wahlsysteme, deren Kenntnis wir bei einem Autor, der den Akzent auf soziopolitologische Forschung legt, voraussetzen würden. Schon aus dem grundlegenden Dokument zur Geschichte des tschechoslowakischen Staates, der Unabhängigkeitserklärung der tschechoslowakischen Nation vom 18. Oktober 1918, wird deutlich, daß die Verhältniswahl in die tschechoslowakische Verfassung als das Prinzip aufgenommen wurde, das die Vertretung der Minderheiten in der gesetzgebenden Körperschaft sicherte.

Eine Reihe von Tatsachen, die man aus der Sicht der Gegenwart positiv deuten könnte, nimmt er als negativ wahr. Als Beispiel können wir den „korporativen Pluralismus“ anführen. In den Thesen von Heumos gibt es eine Reihe von Widersprüchen und gegensätzlichen Behauptungen. Auf der einen Seite die Behauptung vom Zentralismus und auf der anderen Seite die Feststellung, der Staat habe seine Aufgaben nicht erfüllt, die ihm nur bei zentralem Aufbau der Macht zugefallen wären und die er auf nichtstaatliche Organisationen übertragen habe. Während er einen Zusammenhang zwischen der Ersten Republik und den totalitären Regimen erblickt, wirft er der Ersten Republik die „Abkoppelung“ beispielsweise der Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern von den Entscheidungen in den zentralen Organen vor, was wir gerade als ein Anzeichen liberaler Demokratie betrachten können. Schwerlich läßt sich diese These in Einklang mit der These von der autoritären Ausrichtung des Staates in den dreißiger Jahren bringen, als der Staat gezwungen war, auf die Wirtschaftskrise zu reagieren und für eine begrenzte Zeit die Exekutive zu stärken.

Inhalt der These 6 ist die Behauptung, das tschechoslowakische Parlament habe nicht als Machtzentrum fungiert; sie beruht auf dem Urteil des Sozialdemokraten Bechyně, daß es im Parlament wegen der geographischen Lage der ČSR, wegen der Tiefe und Gefährlichkeit der ethnischen, politischen und sozialen Konflikte nicht zur Durchsetzung von Interessen kommen konnte. Heumos übersieht dabei völlig den Konsensus, der sich in den Wahlen für die staatstragenden Parteien, die deutschen und slowakischen Wähler nicht ausgenommen, herstellte. Ohne die Überzeugung der Wählerschaft, daß ihre Interessen respektiert werden, hätte es doch zu einer Konzentration der Wählerstimmen in den extremistischen Parteien und einem ähnlichen Zusammenbruch des Regimes wie im Weimarer Deutschland kommen können, wo gerade das Gefühl der Wählerschaft, ihre Interessen seien nicht repräsentiert, zu den Erfolgen der NSDAP führte. Zugleich übergeht der Autor die Koalitionen (oder parlamentarischen Mehrheiten), die vor allem zur Durchsetzung einiger Interessen (Gesetz zum Schutz der Republik, Agrarzölle, Kongrua u. ä.) gebildet wurden.

Aus diesen Überlegungen heraus entstand angeblich schon in der Zeit des Umsturzes 1918–1919 die *Pětka* als Ursache der Schwäche des Parlaments „als politische

Institution, die die Richtung des politischen Prozesses bestimmen und in der Lage sein sollte, diesen zu kontrollieren“ (Heumos 1996, 27). Die *Pětka* entstand Mitte 1920 und bestand freilich nicht bis 1938, wie Heumos anführt, sondern bis 1926, und weitere Formen eines solchen Organs waren bereits weniger ausgeprägt. Das Parlament ist das Zentrum der gesetzgebenden Gewalt und bestimmt als solches nicht allein die Richtung der politischen Entwicklung. In modernen Demokratien hat gewöhnlich die Regierung (Exekutive) ein leichtes Übergewicht über das Parlament. Die *Pětka* knüpfte an eine ältere eingebürgerte Tradition an, als nach dem Zeugnis von Dr. Meissner vom April 1919 (Archiv der Nationalversammlung f. Revolutionäre Nationalversammlung, 34. stenographisches Protokoll der Sitzung des Verfassungsausschusses der Revolutionären Nationalversammlung vom 9. 4. 1919, 37) bei Staatskrisen, etwa bei der Demission der Regierung, zunächst die Vorsitzenden der Klubs der politischen Parteien einberufen wurden. Die Existenz der *Pětka* stand also nicht im Widerspruch zu den Regeln des Parlamentarismus, die gesetzlich nicht festgelegt waren, sondern es handelte sich um eine eingebürgerte Praxis, die nur in ihrer Zeit an Bedeutung gewann. Die Verdienste der *Pětka* in der Gründungsphase des Staates warten noch auf ihre Würdigung.

Bei Heumos finden wir weitere zahlreiche unrichtige Anwendungen von Begriffen und widersprüchlichen Behauptungen. So erklärt er beispielsweise das Junktim als eine Art Praktik der Demokraten der Ersten Republik, keineswegs als die übliche Art des Austausches von Zustimmung zu Maßnahmen, die nur einige politische Parteien interessierten. Die Polarität und Segmentierung der politischen Organisationen spiegelt sich für ihn in allen Sphären des Staates und der Gesellschaft wider (letztere erscheint ungeachtet dieser Behauptung an anderer Stelle – s. o. – als apolitisch). Die rückwirkenden (?) Zentralisierungstendenzen nach der Erlangung der Unabhängigkeit trugen nach Heumos zum gesellschaftlich-politischen Partikularismus bei. Hier ordnet er auch die erwähnte hohe Fragmentierung der Gewerkschaften ein usw.

„Als die politische Rechte nach dem Münchener Abkommen endgültig Oberwasser bekam, brachen die gesellschaftlich-politischen Organisationsstrukturen des tschechoslowakischen ‚Reststaates‘ wie ein Kartenhaus zusammen und konnten mühelos durch einige rechtsorientierte Großorganisationen von autoritärem Zuschnitt ersetzt werden.“ Offenbar nicht zufällig benutzt Heumos im Blick auf das Ende der Tschechoslowakei die gleiche Wortverbindung wie der erste deutsche Film über die Okkupation, der in tschechischen Kinos gezeigt wurde. Der Staat wird darin als Kartenhaus bezeichnet, und es wird festgestellt, er sei wie ein Kartenhaus auseinandergefallen (K. Čáslavský, *Český telegraf* 17. 3. 1994). Die geschickte Komposition der Überschriften, nämlich „Zusammenbruch eines Systems“, mit denen Heumos die acht Thesen charakterisiert, und die zweite Überschrift „Acht Thesen zum Zerfall der ČSR in den Jahren 1938–1939“, unterschiebt der Zweiten Republik, die jenes Kartenhaus war, wie ohne Absicht geschickt die demokratische Republik, die erste ČSR. Er versucht so im Grunde den Zusammenbruch eines politischen Systems an der Zweiten Republik zu zeigen, die bereits kein eigenberechtigtes demokratisches System mehr war. Völlig außer acht läßt er den deutschen Druck in dieser Frage gleich nach München.

Bedenklich ist bei Heumos das völlige Fehlen der Nationalitätenprobleme. Mit Heumos könnte man sich um so mehr befassen, je ungenauer und widerspruchsvoller er seine Behauptungen formuliert und vorträgt. Einschließlich dessen, daß gerade die strukturellen Mängel der Demokratie ein häufiges Thema antidemokratischer Abhandlungen in der Weimarer Republik waren.

Ad III. Vielleicht würde ich mich mit Eva Hahn in diesem Referat gar nicht beschäftigen, wenn nicht der französische Historiker Faucher ihren Einfall, die Zusammenhänge zwischen Masaryks Demokratieverständnis und der Volksdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg zu interpretieren, als gültig übernommen hätte. Mit dem angeführten Problem habe ich mich auf der erwähnten Brünner Konferenz über Masaryks Tschechische Frage im vergangenen Jahr befaßt, und das Referat wird in dem gleichnamigen Sammelband publiziert werden. In ebendiesem Sammelband wird auch der Beitrag von E. V. Faucher „Warum wurde Masaryk in Frankreich nach dem Jahr 1948 totgeschwiegen?“ veröffentlicht werden, den ich in meinem Referat nicht erwähnen konnte. Das ist der Grund, weshalb ich es für notwendig halte, alles zumindest kurz zu wiederholen. Auf Seite 235<sup>5</sup> rechnet es Faucher der genannten Autorin als unvergeßliches Verdienst an, daß sie schon im Jahr 1982 Masaryks politisches Denken mit einer ideal begriffenen Volksdemokratie in Zusammenhang gebracht habe. Ihr Aufsatz habe nur im deutschen Kulturraum entstehen können (!). Faucher hält es für sehr wahrscheinlich, daß die französischen Bohemisten diesen Zusammenhang sahen und darin einen Grund fanden, über TGM zu schweigen. Worum handelt es sich: Die Autorin findet „schon“ 1890 im ersten politischen Programm der Realisten bei Masaryk mehr Neigungen zu einer volkstümlich (*lidový*) begriffenen als einer freien Demokratie (Schmidtová-Hartmannová 1990, 869). Der Begriff „volkstümlich“ (*lidový*) hat seine Genese und seine zeitgenössische Berechtigung, wie übrigens aus dem Zitat hervorgeht, das die Autorin selbst veröffentlicht: „[...] unser Programm ist ‚volkstümlich‘, keineswegs demokratisch. Wir verwerfen Havlíčeks Demokratie nicht, sondern sagen, daß diese Demokratie erweitert werden mußte. Wir sind ‚Volkstümpler‘, wir sind nicht mehr Demokraten.“ Nach einer anderen Interpretation der Autorin hat Masaryk sein ganzes Leben lang „den Unterschied zwischen den beiden Begriffen von Demokratie bewahrt [...] Dabei benutzte er allerdings seit dem Ende der neunziger Jahre und besonders seit dem Ersten Weltkrieg seinen Begriff von Demokratie nicht mehr mit dieser terminologischen Unterscheidung, sondern sprach nur von Demokratie [...]“ (Schmidt-Hartmann 1994, 869). Nicht einmal diese, von der Autorin selbst konstatierte Tatsache und schließlich auch die Anwendung der Bezeichnung „Volksparlament“ für das aus den allgemeinen Wahlen des Jahres 1907 hervorgegangene österreichische Parlament (diese hat sie allerdings höchstwahrscheinlich nicht registriert) wurden für E. Hahn zum Anlaß der Entstehung eines Problems, über das man nachdenken muß, des Suchens und der Veränderung der Bewertung.

<sup>5</sup> Anm. des Übersetzers: Der genannte Sammelband ist inzwischen erschienen als *Sto let Masarykovy České otázky* [Hundert Jahre Masaryks Tschechische Frage]. Praha 1997, dem auch die hier angegebenen Seitenzahlen entsprechen.

Warum also gab Masaryk dem Begriff „volkstümlich“ den Vorzug? Er hielt den Begriff Demokratie bei den Jungtschechen und bei Havlíček für eng. Demokratie im damaligen Verständnis war die Herrschaft des (städtischen) Bürgertums, das nicht über die politische Macht verfügte, die seiner wirtschaftlichen Lage entsprach. Masaryk und anderen demokratischen Politikern gegen Ende des Jahrhunderts ging es um die Gleichberechtigung aller Schichten der Nation, einschließlich der Arbeiterschaft. Noch zu Beginn des Jahres 1900 trug die Partei, die Masaryk gegründet hatte, die Bezeichnung *Česká strana lidová* (Tschechische Volkspartei). Als sich gegen Ende der neunziger Jahre der alle Schichten einschließende Begriff Demokratie im Zusammenhang mit der Stärkung des Einflusses der sozialdemokratischen Partei allgemein durchzusetzen begann, übernahm ihn Masaryk als adäquaten für seine Vorstellung von Humanität, Sittlichkeit (*mravnost*) und der völligen Gleichheit der Bürger.

Befangen in den von ihr entdeckten Zusammenhängen zwischen Masaryk und der Volksdemokratie, ist der Autorin eine banale Erkenntnis entgangen: Der Inhalt des Begriffes „Volk“ hat sich vom dritten Stand der Französischen Revolution auf alle Schichten der Gesellschaft ausgedehnt, denen das allgemeine Wahlrecht erteilt wurde. Ähnliche gedankliche Konstruktionen wendet E. Hahn öfter an. Zuletzt ist ihr dies in einer Studie gelungen, die im letzten Jahr erschienen ist (Hahnová 1996, 194). Sie konstruierte nichtexistierende diametral entgegengesetzte Auffassungen von der ČSR nicht nur bei Tschechen und Sudetendeutschen, sondern auch bei den Slowaken, für die, ebenso wie bei den Deutschen, das Jahr 1918 nach Hahn den Beginn nationaler Unterdrückung und Unfreiheit darstellte. Usw. Auch wenn es ihr um eine absichtliche Zuspitzung der unterschiedlichen Auffassungen ging, kann man dies nicht ohne Rücksicht auf die historischen Tatsachen tun.

Ich habe die gesamte Problematik hier deshalb angeführt, weil ich meine, daß es an der Zeit ist, systematisch an das Studium des politischen Systems heranzugehen und eine materialreiche Arbeit anzufertigen, die in Kenntnis der Theorie des politischen Systems alle Probleme fundiert bearbeiten würde. Und es wird freilich notwendig sein, dies der historischen Weltöffentlichkeit zu signalisieren, wo die deutsche Literatur oder auf ihrer Grundlage erarbeitete Werke herrschen.

Im Original erschienen als

Broklová, Eva: Interpretace problémů politického systému první československé republiky třemi německými historiky. In: Masarykova filozofie, pojetí demokracie a existence pluralního politického systému 1. republiky. Sborník příspěvků ze IV. ročníku semináře Masarykova muzea v Hodoníně. 21.–22. 11. 1996. Hodonín 1997, 20–31.

*Anmerkung des Übersetzers:*

Bei der Übersetzung der beiden Beiträge von Eva Broklová ins Deutsche wurde auf eine möglichst wortgetreue Übertragung der tschechischen Texte geachtet. Stilistische Unebenheiten wurden dabei in Kauf genommen. Auf Seite 391 hat sich in den tschechischen Text bei der Wiedergabe der Thesen von Heumos zum Zerfall der Ersten Tschechoslowakischen Republik ein Mißverständnis der Autorin eingeschlichen. In der ersten dieser acht Thesen weist Heumos darauf hin, daß sich in Österreich-Ungarn gerade nicht der repräsentative Parlamentarismus, sondern die Tendenz zur Proportionalisierung politischer Macht durchgesetzt habe. Dies griff das politische System der ČSR auf und hielt sich damit an das österreichische Erbe. Diese Verkehrung einer Aussage von Heumos in ihr Gegenteil wurde in der Übersetzung nicht korrigiert. Verändert wurde dagegen auf Seite 393 der mit „Als die politische Rechte ...“ beginnende Satz. Im

tschechischen Text ist an dieser Stelle von den „politischen Rechten“ die Rede, wobei mit dieser Formulierung ein Satz eingeleitet wird, der dem Leser unverständlich bleiben müßte. Aus diesem Grund wurde bei der Übersetzung dieses Satzes auf den ursprünglichen deutschen Text zurückgegriffen.

## LITERATUR:

- Beneš, Edvard: Světová válka a naše revoluce [Der Weltkrieg und unsere Revolution]. Bd. 3. 7. Ausgabe. Praha 1935.
- Broková, Eva: Czechs and Slovaks 1918–1938. *Czech Sociological Review* 1993/1, 23–42.
- Dies.: Švýcarský vzor pro Československo na Pařížské mírové konferenci [Das schweizerische Muster für die Tschechoslowakei auf der Pariser Friedenskonferenz]. ČČH 92/2 (1994) 257–266.
- Dies.: Srovnání autoritativních režimů střední a východní Evropy 1918–1944 [Ein Vergleich der autoritären Regime Mittel- und Osteuropas 1918–1944]. ČČH 92/2 (1994) 404–405.
- Dies.: Německý „stát nad stranami“ a československý stát stran [Der deutsche „Staat über den Parteien“ und der tschechoslowakische Parteienstaat]. In: Sborník k 65. narozeninám Jana Křena [Sammelband zum 65. Geburtstag von Jan Křen]. Praha 1996, 69–79.
- Ciller, Alois: Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark. Hamburg 1939.
- Fischer, Fritz: Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten. Düsseldorf 1977.
- Hadler, Frank (Hrsg.): Weg von Österreich. Berlin 1995.
- Hahnová, Eva: Sudetoněmecký problém – obtížné loučení s minulostí [Das sudetendeutsche Problem – der schwierige Abschied von der Vergangenheit]. Praha 1996.
- Heumos, Peter: Struktura první Československé republiky v poměru k základní ideji západní demokracie [Die Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Verhältnis zur Grundidee der westlichen Demokratie]. *Historické studie* 12/25 (1989).
- Ders.: Die große Camouflage? Überlegungen zu Interpretationsmustern der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948. In: *Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel*. Hrsg. v. Eva Schmidt-Hartmann. München 1994, 221–241 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 76).
- Ders.: Pluralistische Machtorganisation als Garant von Demokratie? Zur Struktur und zum autoritären Potential der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: *Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944*. Hrsg. v. Erwin Oberländer u. a. Mainz 1995, 136–139.
- Ders.: Zhroucení jednoho systému. Osm tezí k rozpadu ČSR v letech 1938–1939 [Der Zusammenbruch eines Systems. Acht Thesen zum Zerfall der ČSR in den Jahren 1938–1939]. *Dějiny a současnost* 1996/2, 25–28.
- Křen, Jan: Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen (Rezension) ČČH 92/2 (1994) 305–308.
- Kural, Václav: Konflikt místo společenství [Konflikt statt Gemeinschaft]. Praha 1993.
- Schmidt-Hartmann, Eva (Hrsg.): *Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel*. München 1994 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 76).
- Schmidtová-Hartmannová, Eva: T. G. Masaryk a lidová demokracie [T. G. Masaryk und die Volksdemokratie]. ČČH 88/6 (1990) 867–880.
- Seibt, Ferdinand: *Deutschland und die Tschechen*. München–Zürich 1993.
- Sonthheimer, Kurt: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*. München 1978.
- Wassermann, Rudolf: *Die Zuschauerdemokratie*. München–Zürich 1989.

Übersetzt von Peter Heumos